



BESCHLUSSBUCH

Unterbezirksparteitag

SPD Essen

Inhalt

Antragsspiegel	3
B 1 Demokratisches und soziales Europa oder weitere Krise und drohender Zerfall	4
B2 Einführung Schild Eltern-Kind Parkplatz	9
B3 Aufhebung der Zeitumstellung	9
B4 Abschaffung der Anrechnung von Kindergeld bei BezieherInnen von existenzsichernden Leistungen	9
B5 Abstandsregelung für Spielhallen und Wettbüros	9
B6 Neues Grundsatzprogramm für die deutsche Sozialdemokratie entwerfen	9
B7 Rauchverbot in Fahrzeugen bei Mitfahrt von minderjährigen Kindern	10
B8 Ungleichheit, ungleich behandeln – auch im Stadtgebiet von Essen!	10
B9 Aufstockung Barbetrag	10
B10 Alleinerziehende Mütter und Väter besserstellen. Armutsrisiko verringern	10
B11 Das Projekt „Marina-Nord“ jetzt umsetzen	11
B12 Rederecht für MdEPs im Deutschen Bundestag	11
B13 Zukunftsfähige Finanzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung	11
B14 Vermögensbesteuerung	12
B15 Gesetzlich festgelegte Finanzierung von Frauenhäusern einfordern	14
B16 Windelwechseln ist auch Vatersache	15
B17 Küche, Diele, Bad- Wohnen und Wohnraum in Essen attraktiv gestalten	15
B18 Initiativantrag: Kein Mensch ist illegal – Für eine gemeinsame europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik	19

Antragsspiegel

Beschlüsse	
B1	Demokratisches und soziales Europa oder weitere Krise und drohender Zerfall
B2	Einführung Schild Eltern-Kind Parkplatz
B3	Aufhebung der Zeitumstellung
B4	Abschaffung der Anrechnung von Kindergeld bei BezieherInnen mit SGB Bezügen
B5	Abstandsregelung für Spielhallen und Wettbüros
B6	Neues Grundsatzprogramm für die deutsche Sozialdemokratie entwerfen
B7	Rauchverbot in Fahrzeugen bei Mitfahrt von minderjährigen Kindern
B8	Ungleichheit, ungleich behandeln – auch im Stadtgebiet von Essen!
B9	Aufstockung Barbetrag
B10	Alleinerziehende Mütter und Väter besserstellen. Armutsrisiko verringern
B11	Das Projekt „Marina-Nord“ jetzt umsetzen
B12	Rederecht für MdEPs im Deutschen Bundestag
B13	Zukunftsfähige Finanzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung
B14	Vermögensbesteuerung
B15	Gesetzlich festgelegte Finanzierung von Frauenhäusern einfordern
B16	Windelnwechseln ist auch Vatersache
B17	Küche, Diele, Bad – Wohnen und Wohnraum in Essen attraktiv gestalten
B18	Initiativantrag: Kein Mensch ist illegal – Für eine gemeinsame europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik
Überwiesene Anträge an Unterbezirksvorstand	
	Klare Linie der SPD Essen zur Verkehrssituation in Essen-Rüttenscheid / im Essener Süden
	Erneuerung der Aufgaben und Funktionen des UB-Vorstands
	Verteilerschlüssel für Delegiertenmandate, orientiert an der Größe der AGs
	Erstellung einer Bildungs- und Informationsplattform für die Essener Parteimitglieder
	Mehr Mitsprache für unsere jüngeren und weiblichen Parteimitglieder

B 1 Demokratisches und soziales Europa oder weitere Krise und drohender Zerfall

Europa in Essen

Essen ist eine europäische Großstadt und strahlt nach Europa und in die Welt hinaus. Sie verfügt über sieben internationale Städtepartnerschaften (Grenoble – Frankreich, Sunderland – Großbritannien, Tampere – Finnland, Zabrze - Polen, Tel Aviv – Israel, Nishni Nowgorod – Russland, Changzou – China). 2010 war Essen als Stadt Bannerträgerin als Kulturhauptstadt Europas, 2017 Grüne Hauptstadt Europas. Unsere Bürgerinnen und Bürger profitieren davon, wenn wir EU Gelder für die Stadtentwicklung nutzen. In Altendorf konnte so der Niederfeldsee geschaffen und der Krupp Gürtel zur neuen grünen Lunge in unserer Stadt werden. Unsere Essener Auszubildenden und Studierenden können dank der EU am Erasmus-Programm und somit am europäischen Bildungsaustausch teilnehmen. Schülerinnen und Schüler bekommen Schulobst und lernen gesunde Ernährung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten Bildungsschecks und Arbeitssuchende Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt. Die Liste lässt sich fortsetzen. Die EU berührt uns täglich. Wir leben mit ihr.

Aber warum?

Die europäische Integration ist ein zivilisatorischer Glücksfall in der Geschichte unseres Kontinents. Nur die Europäische Union garantiert den Bestand der europäischen Werte, die den Kontinent heute auszeichnen: Das geeinte Europa ist ein Raum des Friedens, der Freiheit, des Wohlstands und der Demokratie. Die Achtung der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit und der Rechtsstaatlichkeit gehören ebenso zu den verbindlichen Spielregeln wie die Achtung der Menschenrechte und die Gleichheit der Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger, auch und gerade für Minderheiten. Der Erhalt der europäischen Einheit ist der wichtigste Garant für die Selbstbehauptung Europas in der Welt des 21. Jahrhunderts.

Trotz mancher Versäumnisse und Fehler: Um den jahrzehntelangen Frieden in Europa weiterhin zu wahren, unsere Freiheit zu schützen und unseren Wohlstand aufrecht zu erhalten, ist die europäische Integration und die Zusammenarbeit der europäischen Staaten entscheidend und darf niemals als selbstverständlich betrachtet werden.

Die europäische Einigung ist aber keineswegs nur zum Erhalt des bisher Erreichten und zur Reaktion auf Ereignisse von außen notwendig. Kein europäisches Land - auch nicht Deutschland - ist alleine in der Lage, seine politischen Vorstellungen, gesellschaftlichen Werte und wirtschaftlichen Interessen in einer multipolaren und von vielen verschiedenen Akteuren geprägten Welt zu garantieren. Erst die Bündelung europäischer Kräfte ermöglicht erfolgreiches Handeln der europäischen Nationalstaaten im weltweiten Kontext und auch, dass sich unsere Europäische Union gemeinsam entwickelt.

Die Zähmung des globalen Kapitalismus, die Gestaltung weltwirtschaftlicher Spielregeln, die Durchsetzung von Arbeitsstandards, der Schutz bürgerlicher Rechte, die Bekämpfung des Klimawandels, der Austausch von Ideen durch gemeinsame Wissenschaft und Forschung, die Wahrung der Liberalität auf unserem Kontinent, eine den ganzen Kontinent schützende

Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Sicherung unserer Grenzen und die Einflussnahme auf scheinbar weit entfernte Konflikte und Entwicklungen, die unsere eigenen Interessen betreffen – nur ein geeintes Europa von 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern und ihrer politischen Vertreter hat das nötige politische und wirtschaftliche Gewicht, um diese Ziele wirksam für alle europäischen Staaten zu erreichen. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, muss die EU zunächst zu ihrer inneren Stärke zurückfinden und ihre eigene Legitimation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erhöhen. Dies ist eine zentrale Aufgabe für die europäischen Sozialdemokraten. Sie müssen für eine solidarische Mehrheit in Europa kämpfen.

Was wir von Europa wollen?

- Europa muss soziale Sicherheit und Wohlstand für die große Mehrheit bieten

Über Jahrzehnte galt das Westeuropa der Nachkriegszeit als wirtschaftliche Boomregion mit breit verteiltem Wohlstand. Auch heute noch sind die meisten europäischen Länder im Weltmaßstab reich und wohlhabend. Europa ist nach Jahrhunderten der Auswanderung zu einem Kontinent der Einwanderung geworden, in dem immer mehr Menschen auf der Welt den Ort für die Verwirklichung ihrer Hoffnungen und Bedürfnisse für ein gutes Leben finden können. Aber die Krise 2008/2009 und die danach einsetzende gespaltene Entwicklung in Nord-, Süd- und Osteuropa, aber eben auch innerhalb wohlhabender Staaten wie Deutschland oder Großbritannien, hat die Vorstellung von einem Staatenbund mit einem breit und gerecht verteilten Wohlstand verblasen lassen. Ängste vor sozialem Abstieg und der zunehmenden Einschränkungen der Möglichkeiten, den eigenen Lebensweg frei zu wählen und zu gestalten, haben europaweit zugenommen.

Mit einer aktiven sozialdemokratischen Politik wollen wir für gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen. Dazu bedarf es öffentlicher Investitionen in Bildung und Infrastruktur, aber auch in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, ebenso wie Anstrengungen für Forschung und Innovation für ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften. Schon in der Europa Strategie 2020 hat sich die EU hohe umweltpolitische Ziele gesetzt. So sollen Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 20% verringert werden und die Energieeffizienz in Richtung 20% angestrebt werden. Gerade in der Frage einer langfristigen technologischen Wettbewerbsfähigkeit Europas auf dem Weltmarkt sollte Deutschland eine leitende Rolle übernehmen. Gleichzeitig müssen die unterschiedlichen sozialen Gegebenheiten in den europäischen Staaten in die Umsetzung einbezogen werden. Der Energiewandel und Aufbau neuer Kooperationen muss allen Mitgliedsstaaten Chancen bieten und einen positiven Wandel bewirken durch den neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die europäische Sozialdemokratie muss dabei vor allem sicherstellen, dass die Kosten der Energiewende nicht auf Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegt werden. Deutschland muss hier weiterhin Fortschrittsmotor sein.

All das erfordert einen handlungsfähigen Staat auf allen Ebenen und schließt die europäische Ebene mit ein! Hier müssen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Deutschland europäischer handeln. Nur in einem stabilen und dynamischen EU-Binnenmarkt haben wir dauerhaft die Chance, unseren Wohlstand zu erhalten und zu mehren.

Die Politik der letzten Jahre hat aber ganz im Gegenteil und maßgeblich unter deutscher Initiative dazu beigetragen, dass weite Teile Südeuropas wirtschaftlich nicht auf die Beine kommen. Seit der Einführung des Euros profitiert die ohnehin starke deutsche Wirtschaft von einer zu niedrig bewerteten Währung und hat so ihre Exporte in Europa und die Welt ausgeweitet. Länder wie Spanien oder Griechenland konnten ihre Wirtschaft nicht durch Abwertung einer eigenen Währung vor dieser Billigkonkurrenz aus Nordeuropa schützen. Nicht zuletzt waren es auch deutsche, französische und britische Banken, die auch noch die nötigen Kredite in diese Länder vergaben, damit diese die Importe bezahlen konnten. Die überbordende private Verschuldung nahm so ihren Lauf. In der Krise mussten dann wiederum die europäischen Staaten zu weiterer öffentlicher Verschuldung greifen, um ihre Volkswirtschaften vor dem völligen Kollaps zu bewahren. Als Reaktion darauf wurde ihnen in der Folge von den Gläubigerländern ein Sparregime auferlegt, das nun schon seit Jahren das Gegenteil von dem erreicht, was es verspricht: Die Senkung der Schuldenstände und neues Wachstum, dessen Erträge breiten Bevölkerungsschichten zugutekommen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern in ganz Europa, was wir auch für Deutschland benötigen:

- eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Bildung, Forschung, Umweltschutz, öffentliche Sicherheit und Infrastruktur über einen neuen europäischen Marshall-Plan, der vor allem in den europäischen Krisenstaaten ansetzt. Insbesondere die Kommunen sollten direkte Investitionshilfen der EU bekommen, etwa für ihre Anstrengungen in der Bewältigung der Flüchtlingskrise.
- die Weiterentwicklung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, so dass er wirkliche Wachstumskräfte freisetzt. Dazu müssen Leistungsbilanzungleichgewichte in Europa sanktioniert und fiskalisch antizyklische Handlungsspielräume in Krisenzeiten erhöht werden. Nicht nur Schulden, sondern auch marode Infrastruktur und private Vermögen werden vererbt! Die Politik des Kaputtsparens und Spaltens zwischen den europäischen Ländern muss endlich ein Ende haben.
- zur Finanzierung dieser Maßnahmen eine neue europäische Steuer- und Fiskalpolitik, die europäisches Steuerdumping verhindert, Finanzspekulation und Vermögenskonzentration durch eine koordinierte Unternehmensbesteuerung (inkl. europäischen Mindeststeuersätzen) sowie eine europäische Finanztransaktionssteuer bekämpft und stabile Kreditbedingungen durch gemeinsame Eurobonds ermöglicht.
- Wir brauchen einen europäischen Haushalt, der seinen Namen verdient. Die Debatte um Eigenmittel der EU ist eine ernst zu nehmende. Deutschland muss hier voranschreiten und einen Vorschlag unterbreiten, wie mit der richtigen Schwerpunktsetzung auch auskömmliche Mittel zur Bewältigung der Herausforderungen bereitstellt.

- Gemeinsame europäische soziale Mindeststandards, insbesondere für flächendeckende Mindestlöhne in Europa und für eine wirksame soziale Grundsicherung. Die Abwärtsspirale durch Lohn- und Sozialdumping muss endlich gestoppt werden, wenn Europa bei allen Menschen als Schutzraum für ihre sozialen Rechte wahrgenommen werden soll.

Nur wenn sich in Europa für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wieder die Hoffnung auf Wohlstand und Gerechtigkeit erfüllt, kann die Krise der europäischen Einigung überwunden werden. Derzeit profitieren wenige Länder und die reichsten sozialen Schichten von der Wirtschaftspolitik in Europa. Sie spaltet Europa sozial und damit politisch. Damit untergraben wir auf mittlere Sicht nicht nur unseren eigenen Wohlstand in Deutschland, sondern schaffen auch den Nährboden für Rechtspopulisten und Nationalisten.

- Europa muss demokratischer werden.

Für die Anstrengungen, die für ein soziales Europa nötig sind, ist eine umfassende Demokratisierung der Europäischen Union erforderlich. Nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger über Wahlen klare Verantwortlichkeiten festlegen und auch verändern können, kann die Legitimation und damit das nötige Vertrauen entstehen, die es braucht, um solch große gemeinsamen Aufgaben anzugehen. Wird Europa weiter als Elitenprojekt in den Hinterzimmern der Staats- und Regierungschefs fortgeführt, ist es zum Scheitern verdammt. Auch muss klar sein, dass es eine weitere Vertiefung der europäischen Integration nur in Verbindung mit umfassender Demokratisierung geben darf. Der mit der Europawahl 2014 erstmalig erfolgte Prozess parteipolitischer Spitzenkandidaturen um das Amt des Kommissionspräsidenten war ein richtiger Anfang. Dieser muss nun konsequent fortgeführt werden. Repräsentiert durch Personen müssen alternative politische Lösungen zur Wahl stehen. Natürlich ist auch die Sozialdemokratie gefragt, über die Spitzenkandidatur einen alternativen politischen Kurs zur derzeitigen neoliberalen Sparpolitik sichtbar zu machen.

Wir setzen uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten daher ein:

- für ein Europäisches Parlament als zentrale Gesetzgebungsgewalt in Europa. Dies bedeutet sowohl das Initiativrecht für das Parlament, Entscheidungsfindung mit einfacher Mehrheit und nicht zuletzt auch europäische Parteilisten. Auch muss das Parlament das Recht haben, die EU-Kommission mit einfacher Mehrheit abzusetzen. Der Europäische Rat und die Fachministerräte müssen öffentlich tagen, damit die Diskussionen zwischen den Regierungen auch in der Öffentlichkeit und im EU-Parlament nachvollzogen und kontrolliert werden können.
- um die Effektivität der europäischen Politikebene zu erhöhen, sollte es neben den bisherigen Entscheidungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit auch ein Verfahren mit einfacher Mehrheit geben. In diesem Falle sollte es einzelnen Ländern erlaubt sein, die betreffende Entscheidung nicht national anzuwenden (opt-out). So würden Entscheidungsverfahren flexibler und die Interessen einzelner Mitgliedsländer würden gewahrt.

- die umfassende Rechtsfortbildung durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs hat in vielen Fällen für Unmut gesorgt, da diese mit ihrer Interpretation der europäischen Verträge politische Entscheidungen getroffen haben, die durch keine Wahl und durch kein Parlament derartig legitimiert worden sind. Es gilt daher, das europäische Parlament bei der Rechtsfortbildung durch die Rechtsprechung durch Stellungnahmen zu beteiligen, wie dies bereits mit der EU-Kommission und den nationalen Regierungen geschieht.

Europäische Sozialdemokratie – für die solidarische Mehrheit

Die sozialdemokratischen Parteien sind in den meisten europäischen Ländern in Bedrängnis. Ob in Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland, Deutschland oder den Niederlanden, ob mit oder ohne Regierungsbeteiligung: die sozialdemokratischen Parteien geraten unter Druck, weil ihnen eine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung und der zunehmenden soziale Spaltung schwer fällt. Zum Teil haben sie zu Beginn des Jahrtausends selbst auf neoliberale Politikansätze gesetzt und damit Glaubwürdigkeit bei ihrer - ohnehin schrumpfenden - Kernklientel verloren. Aber auch nach der Krise 2008/2009 haben sich die noch starken sozialdemokratischen Parteien in Europa nicht zu einem gemeinsamen Kurs für Wachstum und gegen die Sparpolitik entschieden. Zum Teil hat dies zu ihrem massiven Absturz wie in Spanien oder Griechenland beigetragen oder sie konnten - wie etwa in Frankreich oder Deutschland - trotz Regierungsbeteiligung keinen umfassenden Alternativkurs durchsetzen.

Angesichts der erstarkenden nationalistischen Rechtspopulisten, aber auch einiger Herausforderer von links, müssen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Europa eine gemeinsame europäische Antwort auf die Herausforderungen der Zeit finden. Es gilt, eine solidarische Mehrheit durch ein Bündnis aus den traditionellen Schichten der Facharbeiter, prekär Beschäftigten sowie modernen und leistungsorientierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schmieden. Wir wollen uns für alle Menschen einsetzen, die „hart arbeiten und sich an die Regeln halten“. Sie haben eine gerechte Politik für sich und ihre Familien verdient. Dagegen stehen weite Teile der europäischen Finanzindustrie, von Unternehmen und Superreichen, die sich ihrer Verantwortung für wirtschaftliche Innovation und den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch mangelnde Investitionen, Lohndumping und Steuerflucht entziehen.

Unsere Botschaft muss in ganz Europa deutlich werden: neue Hoffnung durch mehr soziale Gerechtigkeit, gleiche Chancen für alle Regionen und mehr Mitbestimmung der Menschen in Politik und Wirtschaft in einem solidarischen Europa. Die SPD muss die Partei mit einer gesamtgesellschaftlichen Vision für Europa sein und die Gestaltung der EU als zentrales Thema der kommenden Jahre verstehen. Europäische Solidarität muss den nationalistischen Hass bezwingen.

B2 Einführung Schild Eltern-Kind Parkplatz

Die SPD Essen beschließt, die StVO soll dahingehend geändert werden, dass ein sogenanntes Eltern-Kind Parkplatz Schild als offizielles Schild eingeführt wird.

Das Verkehrszeichen 314 wird hier mit einem entsprechenden Zusatzzeichen 1044 ergänzt.

B3 Aufhebung der Zeitemstellung

Die SPD Essen beschließt, die seit Jahrzehnten bestehende Zeitemstellung im Frühjahr und Herbst abzuschaffen. Die entsprechenden Gremien und dort amtierenden Abgeordneten sollen sich für diese Umsetzung einsetzen.

B4 Abschaffung der Anrechnung von Kindergeld bei BezieherInnen von existenzsichernden Leistungen

Die SPD Essen beschließt, unsere Mandatsträger in Bund und Land aufzufordern sich für Gesetzentwürfe zur Abschaffung der Anrechnung von Kindergeld bei existenzsichernden Leistungen einzusetzen.

B5 Abstandsregelung für Spielhallen und Wettbüros

Die SPD Essen fordert die SPD-Fraktion im Landtag NRW auf, eine Gesetzesinitiative analog zur Regelung bei den Spielhallen dahingehend zu ergreifen, dass Wettbüros bzw. Wettvermittlungsstellen sowie Spielhallen und Wettvermittlungsstellen untereinander einen Mindestabstand von 350 Metern Luftlinie nicht unterschreiten.

B6 Neues Grundsatzprogramm für die deutsche Sozialdemokratie entwerfen

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird aufgefordert, ein neues, zeitgemäßes und zukunftsorientiertes Grundsatzprogramm zu entwerfen. Dieses muss Antworten auf die zentralen Fragen unserer Zeit finden insbesondere:

- Die friedliche Weiterentwicklung Europas und der Welt
- Die Wiederherstellung des Vertrauens in den demokratischen Sozialstaat
- Entwurf eines Gesamtbildes zur Zukunft der Arbeit in einer globalisierten und digitalisierten Welt.
- Mehr Gerechtigkeit und Sicherheit der sozialen Sicherungssysteme, das Ende der Zweiklassenmedizin durch die Einführung einer Bürgerversicherung
- Die Überwindung der sozialen Spaltung
- Die sichere Zukunft für junge Erwachsene und Familien garantieren

- Gleichberechtigung
- neue und moderne Arbeitszeitmodelle
- Umwelt und Klimaschutz

B7 Rauchverbot in Fahrzeugen bei Mitfahrt von minderjährigen Kindern

Per Gesetz soll beschlossen werden, dass es verboten ist, wenn Insassen eines Fahrzeugs rauchen, obwohl ein Minderjähriger mitfährt.

B8 Ungleichheit, ungleich behandeln – auch im Stadtgebiet von Essen!

Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Daher fordern wir, die Schulentwicklung in Essen, die Verteilung der Ressourcen, nach einem festzulegenden Sozialindex vorzunehmen:

Der Sozialindex ist zum einen ein Index (...), der die soziale Situation der Schulen widerspiegelt und damit eine Einschätzung über die soziale Belastung einer Schule erlaubt. Und zum anderen ein Maß, in dem sozio-kulturelle und ökonomische Herkunftsmerkmale verdichtet werden, die Schülerinnen und Schüler in die Schule ‚mitbringen‘.

B9 Aufstockung Barbetrag

1) Die SPD Fraktion im Landtag NRW soll sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung NRW über den Bundesrat den Bundestag auffordert den §27b SGB XII dahin gehend zu ändern, dass der prozentuale Berechnungssatz *auf 42,08%* erhöht wird, und dass dadurch die Bewohnerinnen und Bewohner von stationären Einrichtungen den Barbetrag von jetzt 112,32 € auf 175,00 € erhöht bekommen.

2) Die Bundestagsabgeordneten des Unterbezirks Essen sollen auf die Bundestagsfraktion der SPD einwirken, so, dass sich die große Koalition dem Thema zu (1) zuwendet und eine Änderung im SGB bewirkt.

B10 Alleinerziehende Mütter und Väter besserstellen. Armutsrisiko verringern

1) Die SPD Fraktion im Landtag NRW soll sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung NRW über den Bundesrat den Bundestag auffordert, die berufstätigen alleinerziehenden Mütter und Väter sozial besserstellt, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende erhöht, damit sie nicht in Armut oder Altersarmut abrutschen. Des Weiteren zur finanziellen Unterstützung der arbeitslosen alleinerziehenden Mütter und Väter, das Sozialgeld, anzuheben, (bei einem Kind z.B. von 237,-€ auf 296,-€, die anderen Stufen entsprechend) um ein weiteres Abrutschen in die Armut zu verhindern.

2) Die Bundestagsabgeordneten des Unterbezirks Essen sollen auf die Bundestagsfraktion der SPD einwirken, so, dass sich die große Koalition dem Thema zu (1) zuwendet und eine Änderung im Steuerrecht und Sozialrecht bewirkt.

B11 Das Projekt „Marina-Nord“ jetzt umsetzen

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Essen schafft im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen die Voraussetzungen für die Umsetzung des Projekts „Marina-Nord“ in Altenessen. Dies erfordert insbesondere die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel für die baureife Erstellung des Plangebietes analog zur damaligen Planung des Uni-Viertels.

Dieses Projekt hat für die SPD in Essen Priorität.

B12 Rederecht für MdEPs im Deutschen Bundestag

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich interfraktionell für eine Änderung der Geschäftsordnung im Deutschen Bundestag ein, die den deutschen Europaabgeordneten im Rahmen der Vereinbarung der Tagesordnung von Plenarsitzungen im Ältestenrat ein Rederecht einräumt, sowie Dauer und Form der Ausübung des Rederechts festlegt, analog zur Regelung für die Vertreter*innen des Bundesrates.

B13 Zukunftsfähige Finanzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung

Die SPD Essen fordert die Bundespartei auf, sich umgehend mit dem Thema „Zukunftsfähige Finanzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung“ zu befassen.

Die Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) ist im Interesse einer zukunftsfähigen Finanzentwicklung der GRV auf eine solidarische Basis zu stellen mit dem Ziel, eine Erwerbstätigenrente zu schaffen. Dazu gehören folgende Forderungen:

- Versicherungspflicht in der GRV für alle Erwerbstätigen: Abhängig Beschäftigte, Freiberufler, Abgeordnete, Selbständige und Beamte (Erwerbstätigenversicherung).
- Finanzierung aller versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln.
- Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze, um die Einnahmen der GRV so zu erhöhen, dass eine vor Altersarmut schützende Rente für alle Beitragszahler ermöglicht wird, wobei die abzuleitenden Rentenansprüche analog zur Arbeitslosenversicherung gedeckelt sein müssen.
- Beitragspflicht auch für andere Einkünfte wie zum Beispiel Mieteinnahmen und Kapitalerträge ab einem Jahreseinkommen ab 100.000€.
- Industrie 4.0 / Digitalisierung erfordert ein Rentenversicherungssystem 4.0.

In Deutschland arbeiten derzeit 44,4 Millionen Menschen (Stand Feb. 2018, Quelle: Statistisches Bundesamt). Trotz angeblich demografischer Probleme ist dies ein noch nie erreichter Rekordwert. Dennoch hat die GRV latente Finanzierungsprobleme. Dies liegt insbesondere an der viel zu kleinen Beitragsgrundlage, die derzeit durch die Beitragsbemessungsgrenze alle Gutverdiener unterproportional an ihrer Beitragszahlung beteiligt und, anders als z.B. in Österreich, Beamte und Selbstständige von der Beitragspflicht ganz ausnimmt.

Die Beitragsbemessungsgrenze (BBG) führt zu einer unter sozialdemokratischen Gesichtspunkten nicht hinnehmbaren Besserstellung von Beschäftigten, die hohe Arbeitsentgelte erzielen. Die Abschaffung der BBG wird dazu führen, dass alle Einzahler tatsächlich gemäß ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit belastet und an der Finanzierung der gesetzlichen Rente beteiligt werden. In anderen Ländern, z. B. der Schweiz, ist ein solches Konstrukt gänzlich unbekannt. Es wird dort sogar akzeptiert, dass trotz fehlender Beitragsgrenze nur eine bestimmte Höchstrente gezahlt wird. Es gibt gerade aus sozialdemokratischer Sicht keinen Grund, warum bei einem Einkommen von 1 Million Euro nicht die vollen Beitragssätze abgezogen werden sollten.

Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die zwar politisch als sinnvoll und wünschenswert erachtet werden (z.B. Rentenansprüche aus Zeiten für Kindererziehung), denen jedoch keine entsprechenden Beitragszahlungen gegenüberstehen (sogenannte versicherungsfremde Leistungen), müssen durch Steuern und dürfen nicht aus der Rentenkasse finanziert werden. Die Finanzierung dieser Leistungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich alle beteiligen müssen und die nicht zulasten der Beitragszahler gehen darf.

Schließlich müssen auch andere, nicht aus Arbeit entstandene Kapitaleinkünfte (z.B. Mieteinnahmen), zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung herangezogen werden.

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt und führt auch zu Herausforderungen für die Sozialversicherungssysteme. Neue Finanzierungsquellen sind daher neben der Lohnsumme an der gesamten kapitalintensiven Wertschöpfung zu bemessen.

B14 Vermögensbesteuerung

Die SPD Essen fordert die Bundespartei auf, sich umgehend mit dem Thema Vermögensbesteuerung zu befassen und inhaltlich im Wesentlichen dem Juso-Beschluss vom Mai 2017 zu folgen. Eine entsprechende Regelung hat Bestandteil des nächsten Wahlprogramms zu sein.

Die wichtigsten Forderungen sind:

- Eine progressive Einkommenssteuer, die alle Einkommensarten gleich behandelt und somit die Abgeltungssteuer abschafft.

- Hohe und höchste Einkommen – ab 70 000 Euro Jahresbrutto für Alleinstehende und 140 000 Euro Jahresbrutto für Paare – müssen im Sinne einer gerechteren Verteilung stärker belastet werden. Der Spitzensteuersatz muss wieder oberhalb von 50 Prozent angesiedelt sein.
- Unabhängig vom konkreten Spitzensteuersatz unterstützen wir einen steuerlichen Aufschlag von drei Prozentpunkten für Superreiche mit einem Jahresbrutto von 240 000 Euro oder mehr.
- Für niedrige und mittlere Einkommen bis zu einem Jahresbrutto von 30 000 Euro für Alleinstehende streben wir Entlastungen in der Einkommenssteuer an.
- Das Ehegattensplitting gehört weiterhin abgeschafft. Im unteren Bereich der Einkommen darf die Abschaffung nicht zu einer Schlechterstellung von Familien mit Kindern führen; das ist durch Freibeträge auszugleichen.
- Die ausgesetzte Vermögenssteuer muss wieder aktiviert werden. Hierüber gibt es einen breiten politischen Konsens innerhalb der Sozialdemokratie bei gleichzeitigen Meinungsverschiedenheiten über die Möglichkeit (und Notwendigkeit), eine sog. Substanzbesteuerung zu vermeiden. Wir verweisen auf die rechtlichen und ökonomischen Einschätzungen des DGB. Das bedeutet für uns insbesondere:
Die Reaktivierung der Vermögenssteuer mit einem Steuersatz von 1%. Dabei sollen Freibeträge (zwischen 500.000 € und 1 Million € bei individueller Besteuerung) berücksichtigt werden. Gemeinsame Anlagen werden, soweit dies nicht anderweitig geregelt ist, nach dem hälftigen Grundsatz geteilt. Gebrauchsvermögen wie Hausrat, selbstgenutztes Wohneigentum, Auto etc. wird von der Steuer freigestellt.
- Betriebsvermögen kleiner und kleinster Unternehmen sollen ebenfalls durch auskömmliche Freibeträge geschützt werden. Berechnungen der Gewerkschaft ver.di gehen davon aus, dass bereits ein Freibetrag in Höhe von 2 Millionen Euro 98% der im Handelsregister erfassten 3,6 Millionen Unternehmen in der Bundesrepublik schützen würde. Denn Betriebsvermögen sind in Deutschland häufig gar nicht in Unternehmen, sondern vielmehr in Form von Anteilen an Aktiengesellschaften und GmbHs in Privatvermögen zu finden.
- Jede weitere Sonderbehandlung von Betriebsvermögen ist auszuschließen. Andernfalls könnte die Rechtmäßigkeit der Erhebung der Steuer entfallen. Außerdem bietet der übermäßige Schutz von Betriebsvermögen die

Möglichkeit, Privatvermögen durch die in Deutschland recht einfach mögliche Umwandlung in Betriebsvermögen der Vermögensbesteuerung zu entziehen.

- Erbschaften gehören deutlich stärker besteuert, da sie in besonderem Maße zur ungleichen Vermögenskonzentration in unserer Gesellschaft beitragen. Gerechte Verteilung ohne klare Nachschärfungen in der Erbschaftssteuer wird faktisch nicht zu realisieren sein. Deshalb fordern wir eine Umwandlung der Erbschaftssteuer in eine Millionärssteuer durch einen Dreiklang aus:
 - Anhebung der Freibeträge
 - Erhöhung der Steuersätze
 - Abschaffung des Wildwuchses an Ausnahme- und Abschreibungsmöglichkeiten.

B15 Gesetzlich festgelegte Finanzierung von Frauenhäusern einfordern

Die ASF Essen fordert die SPD Essen auf, sich auf allen politischen Ebenen für eine ausreichende und gesetzlich festgelegte Finanzierung der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser einzusetzen. Der schon seit geraumer Zeit andauernde akute Platzmangel soll durch zusätzliche Einrichtungen behoben werden.

Wir fordern daher:

- eine stärkere kommunale Unterstützung für die wichtige Arbeit der Frauenberatungsstelle und des Frauenhauses in Essen.
- eine bundesgesetzliche Regelung zur Finanzierung der Frauenhäuser und Beratungsstellen, die von Ländern durch Landesrecht ausgestaltet werden kann.
- eine Bedarfserhebung mit dem Ziel, Instrumente zu entwickeln, um auf regionaler bzw. Länderebene ein bedarfsgerechtes Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen beschreiben und planen zu können. Die Länder sollen in die Projektkonzeption eng einbezogen werden und so die Sicherstellung eines Angebotes für jede Frau zu garantieren, die von Gewalt bedroht ist. Fachberatungsstellen und andere Unterstützungsangebote sollen noch stärker in die bisherigen Kooperationsstrukturen eingebunden werden, um präventiv tätig zu werden und die Spirale von Gewalt gegen Frauen gar nicht erst entstehen zu lassen.
- einen dritten Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (nach 1999 und 2007). Die Ratifizierung der „Istanbul-Konvention“(Istanbul-Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) ist ein Meilenstein, der sich vollends in unserer Politik

niederschlagen muss. Es kann nicht sein, dass damit einhergehende Aufgabensteigerungen in den Frauenhäusern ohne personelle Unterfütterung bleiben.

- einen individuellen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für die Opfer von Gewalt. Das gilt auch für geflüchtete Frauen und Mädchen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

B16 Windelwechseln ist auch Vätersache

Die SPD Essen fordert die SPD-Fraktion im Essener Stadtrat auf, sich für einen geschlechtsunabhängigen Zugang zu Wickeltischen in öffentlichen Gebäuden einzusetzen.

B17 Küche, Diele, Bad- Wohnen und Wohnraum in Essen attraktiv gestalten

Für die SPD Essen steht fest, dass attraktiver Wohnraum von zentraler Bedeutung für eine durchmischte Wohngemeinschaft, ein gutes Wohnklima und ein Respektvolles Miteinander ist. Zukunftsfähiges Wohnen bedeutet für uns, auch Investitionen tätigen. Das heißt, es muss Schluss ein mit der Privatisierung des Wohnmarktes. Stattdessen brauchen wir eine Rekommunalisierungs-Offensive und Förderung von genossenschaftlichem Wohnungsbau. Das bedeutet zum einen, dass geförderter Wohnraum mit dem freien Wohnungsmarkt gut durchmischt sein muss, um eine wirkliche Wahlfreiheit des Wohnumfeldes zu schaffen und eine Entstehung sozialer Brennpunkte zu verhindern. Zum anderen muss auch ein attraktives Wohnumfeld geschaffen werden, dass den Bewohner*innen gerecht wird und sich an deren Bedürfnissen orientiert. Bedarfsgerechter Wohnraum muss immer Hand in Hand mit einem bedarfsgerechten Wohnumfeld gehen. Anhand der Entwicklung der Mietpreise wird deutlich, dass in erster Linie günstiger öffentlicher Wohnraum benötigt wird. Dafür fordern wir ein, dass wir die privaten Investor*innen nicht den Wohnungsmarkt bestimmen lassen, sondern dafür Sorge tragen, dass günstiger Wohnraum öffentlich zugänglich ist.

Wir müssen einen ganzheitlichen Ansatz entwickeln, um das Wohnen in Essen attraktiver und den Wohnraum günstig zu gestalten.

Stadtentwicklung in Essen

Um auch in Zukunft bezahlbaren Wohnen für alle Menschen in Essen garantieren zu können, ist es unabdingbar, den öffentlichen geförderten Wohnraum auszubauen. Dieser Ausbau muss jedoch im Sinne einer besseren sozialen Durchmischung gerecht im gesamten Stadtgebiet erfolgen. Gerecht heißt dabei allerdings nicht, bei allen Neubauprojekten eine starre Quote für den öffentlich geförderten Wohnraum anzulegen. Dies würde nur dafür sorgen, dass der Anteil öffentlich geförderten Wohnraums in Stadtteilen wie Altenessen-Süd, Freisenbruch, Bochold oder Stoppenberg, die ohnehin bereits über eine sehr hohe Zahl dieser Wohnungen verfügen, weiter steigt. In anderen Stadtteilen, wie Bredeney, Schuir, Heidhausen und Fischlaken ist öffentlich geförderter Wohnraum hingegen praktisch nicht vorhanden. Gemäß dem Grundsatz

„Ungleiches ungleich behandeln“ soll der Wohnraum in Essen anhand flexibler minimaler Quoten für die einzelnen Stadtteile entwickelt werden. Diese sollen sich nach den gängigen Sozialindikatoren und dem bereits vorhandenen öffentlich geförderten Wohnraum richten. Der gesamte Wohnraum ist selbstverständlich barrierefrei zu gestalten, um allen Teilen der Bevölkerung zur Verfügung stehen zu können. Des Weiteren muss darüber nachgedacht werden, wie neue Wohnflächen erschlossen werden können. Hierbei müssen alle Möglichkeiten in Erwägung gezogen und diskutiert werden, um eine stark angespannte Wohnungsmarktsituation, wie sie in Berlin oder München herrscht, zu vermeiden. Um Wohnraum nachverdichten zu können, muss sich zunächst ein Überblick über den Gebäudeleerstand verschaffen werden. Eine weitere Möglichkeit stellt die Wohngebäudeaufstockung („Topping“) dar. Außerdem muss überprüft werden, in welchem Maße die Freiflächen im Essener Süden im Hinblick auf dringenden Flächenbedarf in ihrer Vollständigkeit zu erhalten sind. Unterdessen ist die Beschleunigung der kommunalen Vergabe von Baugrundstücken zwingend erforderlich. Überall in Essen findet sich immer wieder Leerstand. Politik und Verwaltung sind aufgefordert die Ansiedlung von jungen, kreativen Projekten, Start-Ups, kulturellen Angeboten sowie Freiräume für Jugendliche durch die Schaffung eines Leerstandsmanagement zu fördern. Die bürokratischen und finanziellen Hürden bei der (Zwischen-)Nutzung – insbesondere bezogen auf städtische Liegenschaften – sind so niedrig wie möglich zu halten.

Quartiersmanagement

Wir sprechen uns dafür aus, dass sich die Stadt Essen für ein starkes Quartiersmanagement einsetzt. Darunter verstehen wir nicht nur stetige Investitionen in verschiedene Stadtteilprojekte, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen, sondern ebenso die Garantie einer ausgeglichenen Stadtteilmoderation, die einen Austausch zwischen den verschiedenen beteiligten Akteuren ermöglicht. Wenngleich sich die Stadt Essen um die Akquirierung von EU-, Bundes- und Landesmitteln bemüht, soll die Implementierung und Weiterführung der Projekte auch ohne externe Gelder sichergestellt und durch den Einsatz städtischer Mittel dort durchgeführt werden, wo ein entsprechender Bedarf besteht. Ein Schwerpunkt des Essener Quartiersmanagement muss auf dem Ausbau einer tragfähigen sozialen Infrastruktur im Stadtteil liegen, dem zentralen Bezugsort der dort lebenden Menschen. Stadt ist für uns mehr als nur ein Ort zum Wohnen. Deshalb sollen auch alle Menschen mit einbezogen werden, die zum Stadtteil einen Bezug haben und unterschiedliche Vorstellungen und Interessen für ein gutes Zusammenleben besitzen. Quartiersmanagement darf darüber hinaus nicht als Ersatz für andere städtepolitischen Vorhaben – wie die Bereitstellung günstigen Wohnraums – dienen, sondern soll diese sinnvoll ergänzen. Insgesamt soll auf das Fachwissen der Sozialen Arbeit und der Stadtsoziologie zurückgegriffen werden, um Gentrifizierungs- und Verdrängungseffekte zu vermeiden und die Durchführung nach fachlichen Standards sicherzustellen.

Attraktives Wohnen

Die Stadt Essen muss neben der Ansiedlung von Unternehmen besonders auch die Unterstützung und attraktives Wohnen für Familien fördern. Das bedeutet, Größe, Preis und Umfeld müssen ebenso berücksichtigt werden wie eine kinderfreundliche Ausstattung mit

ausreichend Kinderbetreuung, guten Schulen und Spielplätzen. Eine Gruppe, die in hohem Maße von der Zugspitze und Erhöhung der Mietpreise betroffen ist, sind Alleinerziehende. Diese benötigen besonderen Schutz und sensibilisierte Unterstützung. Gerade hier ist es wichtig, die genannten Faktoren wie Anbindung an Kindertagesstätten, Schulen etc. zu fokussieren und eine Preisangemessenheit zu garantieren, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig zu gewährleisten.

Es müssen kurze Weg und passende Betreuungsmodelle, die in Wohnkonzepten integriert sind, ausgearbeitet werden. Zudem sollen alternative Wohnmodelle, wie Mehrgenerationenhäuser – z.B. im Unperfekthaus – stärker gefördert werden. Durch unsere alternde Gesellschaft werden Mehrgenerationenhäuser in den kommenden Jahren stark an Bedeutung gewinnen. Um diesen Trend gerecht zu werden, soll sich SPD Essen stärker mit diesen Modellen beschäftigen. Trotzdem sollten wir nicht nur den Fokus auf diese legen. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der SPD und auch der Stadt an, ein selbstbestimmtes Wohnen in den eigenen Räumen – so lange wie gewünscht – zu ermöglichen. Dabei ist Barrierefreiheit ein großes Gewicht. Es muss verstärkt in den Fokus genommen werden, dass Angebot sowohl für alternde Menschen als auch für Menschen mit Behinderung ausgebaut werden muss und bei Modernisierungen kein Weg an Maßnahmen für ein möglichst inklusives Wohnen vorbeigeht. Dabei sollte nicht nur darauf geachtet werden, dass ein adäquates Betreuungs- und Beratungsangebot in dem Wohnraumkonzept verankert ist, sondern auch ein günstiger Mietpreis weiterhin von Bestand ist. Es sind bei der Gestaltung des Angebots verschiedene Varianten des betreuten Wohnens zu beachten: zwischen einen „Basiservice“ (v.a. Hausmeister, Notrufservice) und „optionalen Wahlservice“ (insb. Pflegeleistungen) sollte unterschieden werden können. Es muss versucht werden, so viele Varianten wie möglich anzubieten, sodass ein selbstbestimmtes Wohnen möglich ist, das eine punktuelle Betreuung bei Bedarf beinhalten kann.

Genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern

Für uns als SPD steht klar fest, dass genossenschaftlicher Wohnungsbau ein Ansatz ist um dem kapitalistischen Wirtschaftssystem entgegen zu stehen. Wohnen wird heute immer mehr zum Wirtschaftsgut, mit dem gehandelt und Gewinn erwirtschaftet wird. Während auf der einen Seite die großen börsennotierten Unternehmen durch die teure Modernisierung und Mieterhöhungen hohe Profite einfahren, steigen die Mieten auf der anderen Seite und werden für Viele in unserer Gesellschaft unbezahlbar. Um jetzt die Weichen für einen sozial gerechten Wohnungsmarkt in Essen zu stellen, müssen wir heute damit anfangen, gemeinnützige Projekte zu fördern und Alternativen zum neoliberalen überhitzten Wohnungsmarkt zu schaffen. Genossenschaftlicher Wohnraum ist bezahlbar und sicher, da die Mieten konstant sind. Dieser bietet den Mitgliedern eine gute Vorsorge, sowohl in finanzieller Hinsicht durch Rücklagen und Zinsen, als auch durch das lebenslange Recht auf Wohnraum, das mit der Mitgliedschaft verbunden ist. Mitglieder einer Genossenschaft haben ein Mitbestimmungsrecht und entscheiden gemeinsam über Modernisierung und Instandhaltung der Gebäude. So nimmt Jede*r ein Stück ein Stück Verantwortung für sich und seine Nachbarschaft, und gestaltet damit ein attraktives Lebensumfeld aktiv mit.

Genossenschaftlicher Wohnraum kann somit dazu beitragen die Lebensqualität im Wohnumfeld zu steigern – sicher, sozial und bezahlbar.

Wir fordern für einen gerechten, solidarischen Wohnungsmarkt in Essen:

- eine aktive Förderung genossenschaftlichen Wohnungsbau
- Förderung alternativer Wohnmodelle (wie z.B. Mehrgenerationenhäuser)
- Barrierefreie Ausgestaltung sämtlichen neuen und modernisierten Wohnraums
- weiterer Ausbau von Betreuungsangeboten für ein selbstbestimmtes Wohnen
- starkes Quartiersmanagement, bei dem sich sowohl um die Akquirierung von EU-, Bundes- und Landesmitteln bemüht wird, aber auch städtische Mittel für die Realisierung von Stadtteilprojekten zur Verfügung gestellt werden
- Ausbau einer starken sozialen Infrastruktur und Bereitstellung einer ausgeglichenen Stadtteilmoderation, die die Interessen der verschiedenen beteiligten Akteure in Einklang bringt
- Stärkerer Ausbau des öffentlich geförderten Wohnraums anhand flexibler Quoten für alle Stadtteile – nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“
- Nachverdichtung erst nach Überprüfung des Leerstands und der Naturschutzgebiete im Essener Süden
- Rekommunalsierungs-Offensive

B18 Initiativantrag: Kein Mensch ist illegal – Für eine gemeinsame europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik

Die SPD Essen fordert den Parteivorstand der SPD sowie die Bundestagsfraktion auf, weiterhin standhaft und aufrecht gegen die Forderungen der Unionsparteien zu kämpfen und für eine gemeinsame europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik einzustehen.

Die Unionsparteien und die SPD haben sich im Asylstreit geeinigt:

Nationale Alleingänge werden ausgeschlossen und wir suchen weiterhin nach einer europäischen Lösung. Wir unterstützen Mitgliedstaaten, die es mit besonderen Herausforderungen zu tun haben, wie z.B. Italien, Malta oder Griechenland.

Die Transitzentren wird es nicht geben. Stattdessen sollen Transferzentren eingerichtet werden in Polizeistationen, wo ebenfalls die Betroffenen bis zu 48-Stunden ausharren müssen. Wir haben ein schlimmeres Übel verhindert, darf aber keine langfristige und dauerhafte Lösung sein.

Einseitige Zurückweisungen an der Grenze, wie sie Innenminister Seehofer gefordert hat, wird es nicht geben. Das Recht auf Asyl bleibt unangetastet bestehen und rechtsstaatliche Verfahren sind garantiert. Zudem sollen die Verfahren beschleunigt werden.

Bis Ende des Jahres soll ein Entwurf für ein Einwanderungsgesetz vorgelegt werden. Das ist ein längst überfälliger Schritt.

Wir haben schlimmeres verhindert, das ist gut. Ein Einwanderungsgesetz ist eine Chance. Trotzdem hat sich erneut gezeigt: Mit der CSU ist eine menschwürdige Asylpolitik nicht möglich. In der GroKo wird es immer nur bei schwer zumutbaren Kompromissen bleiben und wir müssen für unsere sozialdemokratischen Vorstellungen hart kämpfen. Zusätzlich erschwert wird diese Position durch das Gebaren einer CSU, die den Rechtspopulismus zum Teil des politischen Programms der Bundesregierung machen will. Dies kann keine Grundlage für eine politische Zusammenarbeit mit der SPD sein und das dürfen wir nicht durchgehen lassen.

Wir haben eine humanitäre Verantwortung und müssen denjenigen Schutz gewähren, die vor politischer oder religiöser Verfolgung oder vor einem Krieg fliehen und ihr Leben in Sicherheit bringen wollen. Wir stehen ein für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft. Das Recht auf Asyl ist im Grundgesetz verankert und darf nicht angetastet werden.

Die sozialdemokratische Asylpolitik folgt klaren Vorstellungen, die nicht unterschritten werden dürfen.

Wir stehen für eine gesamteuropäische Lösung, für ein gemeinsames europäisches Asylsystem und eine solidarisch geteilte Verantwortung bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Die Dublin-III-Verordnung scheint überkommen zu sein und wir brauchen einen gemeinsamen solidarischen Entwurf aller europäischen Länder – und nicht die Abschottung einzelner Nationalstaaten.

Wir müssen unserer Verantwortung in Europa nachkommen. Wir können und dürfen keine Lager an unseren Grenzen oder Anrainerstaaten einrichten, um Menschen einzusperren ohne

dass ansatzweise geklärt ist, wie es für sie weitergeht. Wir dürfen Menschen nicht im Mittelmeer ertrinken lassen, weil wir unsere europäischen Nachbarn im Stich lassen.